



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 898 890

P/XIV/278 - 7. Dezember 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Niemals Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht Bemerkungen zur Chruschtschow-Rede in Budapest Von Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin	67
3 - 4	Schweizer Experiment mit "Lügendetektor" Menschenwürdig und rechtlich möglich ?	66
5	Nur ein Studentenuk ? Die "Rote Hand" und ein Dementi	35
6 - 7	CDU-Hamburg treibt Demagogie auf die Spitze Die Preise hoch! - 1,8 Millionen Stromverbraucher sollen Zeche zahlen	69
7	Düsseldorfs OB Georg Glock	27

\* \* \*  
\* \* \*

## Niemals Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht

Von Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin

Dem sowjetischen Ministerpräsidenten dürfte nicht unbekannt geblieben sein, dass Berlin nach dem Text des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und nach dem Willen des Volkes ein Teil des freien Deutschlands ist. In Moskau dürfte auch bekannt sein, dass Berlin die Hauptstadt des völkerrechtlich nicht untergegangenen deutschen Staates und dass diese Stadt besonders auch im Bewusstsein des ganzen Volkes die deutsche Hauptstadt geblieben ist.

Ministerpräsident Chruschtschow hat in Budapest unter anderem die Auffassung vertreten, der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland dürfe sich in Berliner Angelegenheiten nicht einmischen, die gingen ihn nichts an. Mit dieser Auffassung werden die Dinge völlig auf den Kopf gestellt. Es ist eine groteske Auslegung des Begriffes Nichteinmischung, dass sich der sowjetische Ministerpräsident, aber nicht der deutsche Bundeskanzler mit der Berlin-Frage befassen dürfe. Die Zugehörigkeit des freien Teiles dieser Stadt zur Bundesrepublik Deutschland hat sich gesetzlich entwickelt und ist verfassungsmässig verankert. An dieser Zugehörigkeit darf es zur Wiedervereinigung Deutschlands nicht gerüttelt werden. Das muss ein Grundprinzip deutscher Politik bleiben.

Ministerpräsident Chruschtschow hat die Probleme der Abrüstung als die wichtigsten bezeichnet. Darin stimmen wir in Berlin völlig mit ihm überein, denn nach den bitteren Erfahrungen in der Vergangenheit haben die Bürger dieser Stadt keinen anderen Wunsch, als den Frieden in der Welt mit sauberen Mitteln bewahren und sichern zu helfen. Ministerpräsident Chruschtschow hat aber auch erklärt, die Aufrechterhaltung des Besatzungssystems in Westberlin widerspreche der Abrüstung. Ich kann zwar nicht für die Westmächte sprechen, aber ich bin der Meinung, dass bei einer Verständigung über die Fragen der Abrüstung auch eine Verständigung über Rangfolgen gefunden werden muss. Die Berliner haben den Wunsch, dass die ihre Freiheit sichernden Schutzmächte nicht früher gehen als andere. Auch im internationalen Recht, das ist jenseits des Brandenburger Tores offenbar vergessen worden, haben Besatzungstruppen auch Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung zu erfüllen. In unserer Stadt haben die Siegermächte Schutzaufgaben übernommen. Die Westmächte haben auch während der Genfer

Konferenz immer wieder deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie in Berlin keine strategischen, sondern ausschliesslich Schutzpositionen wahrnehmen.

Ministerpräsident Chruschtschow hat weiter erklärt, dass er Berlin als einen Dorn in gesundem Fleisch betrachte, der herausgezogen werden müsse. In Wirklichkeit geht es den Sowjets aber weniger um Berlin als vielmehr darum, den Westmächten eine weltweite moralische Niederlage zu bereiten. Die Westmächte müssten dumm sein, wenn sie das nicht erkennen würden. Aber so dumm werden sie nicht sein.

Ministerpräsident Chruschtschow hat auch gesagt, die bestehende Ordnung in Westberlin solle erhalten bleiben. Die bestehende Ordnung in Berlin stützt sich auf drei Grundelemente:

1. auf das Recht der Berliner, ihre innere Ordnung selbst zu gestalten;
2. auf das Recht und die Pflicht der westlichen Mächte, diese Ordnung zu schützen;
3. auf das Einbezogensein Westberlins in die Ordnung - mit einigen Vorbehalten - auch in die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Der sowjetische Ministerpräsident hat gesagt, es gehe ihm darum, die Überreste des letzten Krieges zu beseitigen und die Lage zu normalisieren. Dazu ist vieles zu sagen. Dazu ist beispielsweise die Frage zu stellen, ob es normal ist, dass die Deutschen 14 Jahre nach dem Ende des Krieges sich nicht frei in ihrem Vaterlande bewegen dürfen, während der Reiseverkehr im westlichen Europa völlig ungehindert vonstatten geht. Dazu ist weiter die Frage zu stellen, ob es normal ist, dass in sowjetischen Rundfunkkommentaren und Zeitungsartikeln eine Verdoppelung der Autobahngelöhnen gefordert wird. Dazu ist vor allem aber festzustellen, dass der entscheidende Überrest des letzten Krieges die Teilung Deutschlands ist, die beseitigt werden muss.

Die Berliner sind bereit, ihren Beitrag zu einer wirklichen Entspannung in der Welt zu leisten. Aber sie werden niemals bereit sein, auf ihr Selbstbestimmungsrecht zu verzichten; sie werden vielmehr bereit sein, dieses Recht immer und zu jeder Zeit zu verteidigen.

Schweizer Experiment mit "Lügendetektor"

KvK. - In der Schweiz, dem "demokratischsten aller Länder", wie man gerne sagt, wurde die Diskussion über ein Thema entfacht, das eigentlich nicht gut in den Stil und den Rahmen eines so rechtsbewußten Staates paßt. Ist die Anwendung des noch sehr umstrittenen "Lügendetektors" menschenwürdig und rechtlich möglich? Die Meinungen klaffen darüber selbst bei Juristen auseinander und es dürfte gerade in Deutschland, das im 1000-jährigen Reich höchst zweifelhafteste Vernehmungsmethoden benutzte, nicht uninteressant sein, das Für und Wieder hierzu zu betrachten.

Die Diskussion wurde durch den Mordfall an dem 20 Monate alten Genfer Kind d'Espine, der seit einiger Zeit Öffentlichkeit und Justiz beschäftigt, in Gang gebracht. Alle Verdächtigten - einschließlich der Eltern - wurden freiwillig einem Test des Lügendetektors von Professor Müller, dem Vorsteher des Experimentalpsychologischen Instituts in Zürich unterzogen.

Während einige Rechtsanwälte und ein kleiner Teil der Öffentlichkeit nicht nur keine Bedenken hat, sondern sie befürwortet, stellen sich die Rechtsgelehrten mit aller Entschiedenheit auf die Seite der Gegner dieses Apparates der "Erniedrigung der Menschenwürde". Nicht ohne Reiz ist es, in den Auslassungen der Professoren den Hinweis darauf zu finden, daß die "beste demokratische Verfassung" eine Lücke aufweise, die im deutschen Grundgesetz, das als Beispiel herangezogen wird, im § 1 enthalten ist: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt". Ebenso stellen die juristischen Experten fest, daß dem Schweizer Gesetz die Bestimmung der deutschen Strafprozeßordnung (d.St.Po.) des § 136 a feilt, die nach den Erfahrungen des Dritten Reiches ein Verbot wissenschaftlicher oder pseudowissenschaftlicher Vernehmungsmethoden ausspricht. Sinngemäß verbietet diese Bestimmung Hilfsmittel, die die Freiheit der Willensbildung und Willensbetätigung beeinträchtigen oder einschränken. Die Schweizer Professoren und Rechtswissenschaftler fordern ernstlich, daß der schweizer Bürger durch eine Volksinitiative ein für alle Kantone verbindliches

Verbot - analog der deutschen Strafprozeßordnung - die Anwendung "aller neuzeitlichen Wahrheitserforschungsmethoden" erläßt.

Die Professoren der Berner Universität, Hans Huber, Max Waiblingen und Hans Schultz, erklären in einer EntschlieÙung: "Im Rechtsstaat scheiden alle Mittel der Wahrheitsforschung aus, die ein Schuldgeständnis oder auch nur eine einzelne belastende Aussage unter Verletzung der sittlichen Persönlichkeit, der Menschenwürde, des Angeschuldigten anstreben".

Im Gegensatz hierzu verhalten sich die Befürworter, an ihrer Spitze Professor Müller, Zürich, der für seinen "Lügendetektor" alle Vor- und keine Nachteile anführt. Professor Müller berichtete in einer Pressekonferenz über seine Erfolge, die er bei rund 170 getesteter Personen aufzuweisen habe. Einmal habe sich ein Dienstmädchen, dem der Diebstahl eines Kassenschlüssels vorgeworfen worden war, dem Detektor unterzogen. Der Apparat habe eindeutig die Unschuld erwiesen, die aber erst zwei Jahre später durch das Wiederauffinden des Schlüssels aktenkundig geworden war. - In einem anderen Fall waren vier Leute verdächtigt - davon drei Vorbestrafte -, die 160 Franken unterschlagen hätten. Allen Vieren bescheinigte der "Lügendetektor" ihre Unschuld. Ein Pfaffen, der "Vertrauensmann" des klagenden Geschäftsmannes, sei auf Wunsch des Professors ebenso dem Test unterzogen und hier habe der "Wahrheitsfinder" bei der Zahl 5000 ausgesprochen. Tatsächlich hätte sich später ergeben, daß er der Veruntreuer war und nicht 160, sondern 2500 Franken gestohlen habe. Professor Müller tritt deshalb für seine Maschine "Marke Veritas" ein, weil sie den Prozeß-Verlauf vereinfache und angeblich den Menschen unnötige Belastungen erspare.

Diese Begründung ist vielleicht für manche Laien einleuchtend, weil sie eine Vereinfachung langwieriger Vernehmungszustandungen darstellen. Für alle ernsthaften Juristen und rechtlich denkende Menschen ist sie eine Verletzung des Rechtsgefühls und der Menschenwürde.

Nur ein Studentenkulk ?

sp - Monsieur Christian Durieux, ein 30-jähriger französischer Student, will sich nur einen Jlk erlaubt haben, als er sich in einem Interview mit der britischen Zeitung "Daily Mail" als Mitglied der berühmtesten "Roten Hand" bezeichnete und Einzelheiten aus der Tätigkeit dieser Terrororganisation bekanntgab. Das sei alles nicht wahr, versicherte der phantasiebegabte Monsieur Durieux in einer dem Pariser Büro der Deutschen Nachrichtenagentur übergebenen Erklärung. Der junge Mann wollte nur einem leichtgläubigen britischen Reporter einen Bären aufbinden und nun ist er bestürzt über das Echo, das dieser Studentenkulk in Deutschland hervorgerufen hat.

Monsieur Durieux mag die Wahrheit sprechen oder auch nicht. Dieses Dementi nimmt sich doch recht merkwürdig aus und lässt Raum für alle Vermutungen. Vielen französischen Stellen war die Wirkung, die seinerzeit das "Daily Mail"-Interview in der deutschen Öffentlichkeit ausgelöst hatte, recht unangenehm ... Dieses Dementi aber schafft nicht den grimmigen Tatbestand aus der Welt,

dass von der französischen Terrororganisation "Rote Hand" gelungene und misslungene Mordversuche auf deutschem Boden unternommen wurden,

dass ein Führer der algerischen Freiheitsbewegung auf offener Strasse in Bad Godesberg französischen Terroristen zum Opfer fiel, dass Sprengstoffanschläge auf ein in Hamburg liegendes Schiff erfolgten,

dass deutsche Schiffe wie die "Bilbao" gegen alles Völkerrecht auf hoher See durchsucht und ein Teil ihrer Ladung beschlagnahmt wurde, und

dass die französischen Behörden in Paris sich weigerten, Interpol zur Aufklärung dieser Verbrechen einzuschalten, wie es von deutschen Justizstellen verlangt worden war.

Diese Menschenjagd auf deutschem Boden, veranstaltet von französischen Terroristen hat zu Unruhe in der deutschen Bevölkerung geführt. Sie hält an, sie ist durch dieses merkwürdige Dementi nicht aus der Welt geschafft, und die französischen Behörden werden schon überzeugendere Beweise liefern müssen, um die Tätigkeit der "Roten Hand" auf deutschem Boden in Abrede zu stellen.

### CDU-Hamburg treibt Demagogie auf die Spitze

H.M. - 1,8 Millionen Hamburger sollen für die privaten Aktionäre der Hamburger Elektrizitätswerke noch höhere Strompreise zahlen. Das ist anscheinend die Ansicht der "Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz" in einem jetzt entbrannten Streit um die HEW-Dividende. Der Aufsichtsrat der HEW hatte am 16. November vorgeschlagen, die Dividende von neun auf sieben Prozent zu senken. Er vertritt die Ansicht, daß der Jahresertrag nur eine siebenprozentige Dividende gestatte. Eine neunprozentige Dividende könnte nur ausgeschüttet werden, wenn die Substanz angegriffen werde, und das bringe größeren Schaden als eine vorübergehende Senkung der Dividende.

Kurz nachdem der Aufsichtsrat der HEW die Dividendensenkung vorgeschlagen hatte, stellte die Hamburger CDU im Parlament den Antrag, die Dividende der HEW zu teilen. Die im freien Verkehr befindlichen Aktien, "die zum überwiegenden Teil in den Händen der Kleinaktionäre seien", sollen danach unverändert neun Prozent Dividende erhalten, während für die Aktien des Hamburger Staates die Dividende auf sechs Prozent herabgesetzt werden soll. Dieser Antrag wurde vom Hamburger Parlament abgelehnt.

"Die HEW-Aktie ist die Volksaktie Hamburgs", erklärte der Sprecher der CDU im Parlament, und er sprach davon, daß das Vertrauen der Aktionäre in dieses Werk schwinden würde, wenn man weniger Dividenden ausschütete. Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz vertritt die Ansicht, daß der Aufsichtsrat aus "gesellschaftsfremden Gründen" statt der neun Prozent nur sieben Prozent Dividende vorgeschlagen habe und verlangte die Einsetzung eines Sonderprüfers.

Der Hamburger Staat hat 72 Prozent der HEW-Aktien im Portefeuille. Wer aber sind die Inhaber der im freien Verkehr befindlichen Aktien, für die sich die Schutzvereinigung und die CDU einsetzen, und die nach Meinung der CDU "Kleinaktionäre" sind?

Es sind zu einem großen Teil Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, wie zum Beispiel die Hapag, Versicherungen, Banken, Vermögensverwaltungen und Erbgemeinschaften. Von den im freien Verkehr befindlichen Aktien sind 34 Prozent bei Hamburger Kreditinstituten in Depotverwahrung. Auf die angeführten Gruppen entfallen dabei 6,5 Millionen Mark.

In diesen Unternehmen wollen möchte die CDU die Dividende spalten, um ihnen neun Prozent zukommen zu lassen, indem sie für die Staatsanteile nur sechs Prozent auszuschütten vorschlägt.

Kein Zweifel: Es gibt in Hamburg rund 3 000 Kleinaktionäre. Das sind Hausfrauen, Gehalts- und Lohnempfänger, freie Berufe, Rentner und Pensionäre, die HEW-Aktien besitzen und für die es schmerzlich ist, wenn die Dividende von neun auf sieben Prozent herabgesetzt wird. Dem stehen jedoch die Interessen von 1,8 Millionen Hamburger Stromverbraucher gegenüber.

Bürgermeister Brauer erklärte zu dem CDU-Antrag: "Die Aktionäre der HEW haben nach den beiden Weltkriegen trotz zweier Inflationen hundertprozentig ihren Wertbestand erhalten. Wenn ich daran denke, daß Millionen von Deutschen fast ihre gesamten mühsam

erworbenen Spargelder verloren haben, dann kann man diesen Menschen nicht auch noch zumuten, daß sie als Steuerzahler gezwungen werden sollen, den Privataktionären der HEW aus öffentlichen Mitteln zu einer Dividendenerhöhung von zwei Prozent zu verhelfen. Ich betrachte diesen Antrag der CDU als einen verspäteten Beitrag zu dem Grimm'schen Märchenbuch".

Die Mentalität der CDU wie der "Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz", die beide für die "Kleinaktionäre" auf jeden Fall eine neunprozentige Dividende herauschlagen wollen, liegt wohl darin, daß sie sagen: Erhöht doch die Strompreise so weit, daß das Unternehmen eine neunprozentige Dividende ausschütten kann, das heißt: Laßt doch die 1,8 Millionen Verbraucher die Zeche zahlen, damit die freien Aktionäre eine hohe Dividende einkassieren können! Die Hamburger CDU treibt damit die Demagogie auf die Spitze. Während ihr Parteifreund, Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard, die Wirtschaft flehentlich bittet, Preissteigerungen zu vermeiden und sogar Preissenkungen empfiehlt, setzt die CDU in Hamburg den sozialdemokratischen Bürgermeister Max Brauer unter Druck, um Preissteigerungen zu erzwingen.

+ + +

Düsseldorfs OB Georg Glock

A.K. - Ganz unerwartet ist am Sonntag der Düsseldorfer Oberbürgermeister Georg G l o c k im Alter von fast 69 Jahren verstorben. Er wurde am 11. Juni 1891 in Düsseldorf, als Sohn einer kinderreichen Handwerkerfamilie, geboren. Nach einer kaufmännischen Lehre war er Korrespondent und Direktionssekretär bei einem Stahlkartell und nahm schon zu dieser Zeit eine sehr rege Betätigung in der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung (ZdA) auf; vor 1933 war er zuletzt Verbandssekretär und geschäftsführendes Mitglied der Hauptverwaltung des Deutschen Werkmeisterverbandes und wurde 1933 von dieser Funktion durch die braunen Wächter enthoben. Es kennzeichnet seine Haltung, daß er trotz verlockender Angebote seiner politischen Überzeugung treu blieb und mehrjährige Arbeitslosigkeit auf sich nahm; seit 1919 war Georg Glock Mitglied der SPD. Im Jahre 1945 zählte er zu jenen, die in der Landesmetropole beim Aufbau der Gewerkschaft und der Partei in erster Reihe standen. Hier beginnt auch sein besonderes kommunalpolitisches Wirken. Als Bürgermeister und später als Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf zeigte sich recht bald, daß hier ein Mann tätig war, der gewohnt, in der Stille zu arbeiten und ohne viel Aufhebens von sich selbst zu machen, durch seine umfassende kommunal- und sozialpolitischen Kenntnisse seiner Stadt unschätzbare Dienste leistete. Wie breit die Vertrauensbasis war, zeigt die besondere Anteilnahme an dem Tode des trefflichen Mannes, die weit über den Kreis seiner politischen Freunde hinausgeht. Georg Glock zählte zu jenen vielen sozialdemokratischen Oberbürgermeistern, die durch unermüdlige Schaffenskraft und mit eigenen Ideen das Gesicht der großen Städte im Wiederaufbau und Neubau ihres Gemeinwesens nach 1945 geprägt haben.